

E-Mail-Newsletter

22. September 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

noch haben Sie die Chance bei uns Materialien für den Tag des Flüchtlings zu bestellen. Näheres unter Punkt 1. Außerdem haben wir, wie immer, verschiedene Nachrichten, Tipps und Termine zusammengestellt.

1. Materialien zum Tag des Flüchtlings

Ihre Infomaterial-Bestellungen nehmen wir nach wie vor gerne entgegen.

2. Minderheiten im Kosovo

Abschiebungen von Roma aus Baden-Württemberg erfolgen seit Mitte des Jahres. Die letzte Sammelabschiebung aus Baden-Württemberg hat am 15. September ab Söllingen stattgefunden. VVN und FR Niedersachsen haben einen Aufruf gegen die Abschiebung von Roma initiiert, der in Kürze der Bundesregierung übergeben werden soll.

3. Pro Asyl zum Weltkindertag

Anlässlich des Weltkindertages am 20. September hat Pro Asyl in einer Presseerklärung daran erinnert, dass die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland nach wie vor nur mit Vorbehalten umgesetzt ist.

4. Bundesrat stimmt der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum AufenthG zu

Die Vorschriften waren im Vorfeld von Flüchtlingsorganisationen kritisiert worden, weil sie mit "höherrangigem EU-Recht" nicht vereinbar sind.

5. EU-Innenminister beraten über ein neues Resettlementprogramm

Die EU-Innenminister haben am Montag in Brüssel über die Asyl-/Flüchtlingspolitik beraten. Nun sollen weitere Flüchtlinge aus Krisengebieten angesiedelt werden.

6. Filmtipp: "Ein Augenblick Freiheit"

Ein Film über Flüchtlinge, die in der Türkei, wartend auf ein Visum für die Weiterreise, aufeinandertreffen. Läuft in Baden-Württemberg zurzeit wohl nur in Mannheim.

7. Termine

Mit herzlichem Gruß
Ihr Reiner Klass

1. Materialien zum Tag des Flüchtlings - bitte jetzt bestellen!!

Die Zeit drängt: Noch in dieser Woche versenden wir die bei uns bis jetzt bestellten Materialien. Noch haben Sie die Chance, Ihre Bestellung bei uns aufzugeben. Das [Bestellformular](#) für Infomaterialien zum Tag des Flüchtlings finden Sie auf unserer Homepage www.fluechtlingsrat-bw.de. Ihre Bestellung nehmen wir telefonisch (0711 5532834), per Fax (0711 5532835) oder per E-Mail (info@fluechtlingsrat-bw.de) entgegen. Bitte denken Sie daran, dass Bestellungen von Infomaterial, das Sie im Laufe der kommenden Woche benötigen, möglichst bis Donnerstag bei uns eingegangen sein sollten.

2. Minderheiten im Kosovo

Am vergangenen Mittwoch hat eine Sammelabschiebung ab Söllingen nach Pristina stattgefunden. Auch mehrere Familien mit Kindern und Nicht-Straftäter waren von der Maßnahme betroffen. Weitere Flüge sind geplant.

Derzeit befinden sich rund 1.200 Roma aus dem Kosovo mit einer Duldung und vollziehbar ausreisepflichtig in Baden-Württemberg. Ein weiterer Teil hat bislang eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a AufenthG, die höchstwahrscheinlich bei vielen nicht verlängert wird.

In einer in der letzten Woche veröffentlichten [Pressemitteilung](#) hat sich die ehem. amnesty-Generalsekretärin und jetzige Europaparlamentarierin der Grünen, Barbara Lochbihler, ebenfalls gegen die Abschiebung von Roma ausgesprochen und auf die katastrophalen Zustände für rückkehrende Roma-Angehörige hingewiesen.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten haben gemeinsam einen [Aufruf](#) ("Für ein sicheres Aufenthaltsrecht für Roma! Keine Abschiebung von Roma in den Kosovo!") erstellt und bitten Organisationen und Einzelpersonen, diesen zu unterzeichnen. Die Erklärung soll am 8. Dezember - an diesem Tag im Jahr 1938 erging Himmlers Runderlass "zur Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus" - dem dann amtierenden Bundesinnenminister überreicht werden.

3. Pro Asyl zum Weltkindertag

Anlässlich des Weltkindertages am 20. September hat Pro Asyl in einer Presseerklärung daran erinnert, dass die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland nach wie vor nur mit Vorbehalten umgesetzt ist.

Weltkindertag 2009

Flüchtlingskinder in Deutschland und Europa

PRO ASYL: Bilanz des Versagens

Anlässlich des Weltkindertages am 20. September erinnert die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL daran, dass die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland weiterhin nicht uneingeschränkt umgesetzt ist. Kinderflüchtlinge erhalten in Deutschland immer noch nicht den völkerrechtlich verbrieften Schutz.

"Die fortgesetzte Ungleichbehandlung von Flüchtlingskindern stellt ein politisches Versagen dar - sie muss endlich beseitigt werden", so Heiko Kauffmann, Vorstandsmitglied von PRO ASYL.

In der Praxis führt die Aufrechterhaltung der bundesdeutschen Vorbehalte zur Kinderrechtskonvention dazu, dass internationale Standards für Flüchtlingskinder immer noch nicht gelten. In Deutschland werden sie mit 16 Jahren verfahrensmündig und unterliegen dem restriktiven Asylbewerberleistungsgesetz sowie einem faktischen Ausbildungs- und Arbeitsverbot. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge können in Abschiebungshaft genommen und abgeschoben werden.

Seit Jahren kämpft PRO ASYL dafür, dass diese Vorbehalte endlich zurückgenommen werden. Trotz zahlreicher Parlamentsbeschlüsse wird die Rücknahme der Vorbehalte immer wieder von den Innenministern des Bundes und der Länder verschleppt.

"Zu den unabdingbaren Inhalten eines Prioritätenkatalogs jeder neuen Bundesregierung muss die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention gehören", so Kauffmann.

Die Schwerpunkte:

- Kinderschutz bis zur Volljährigkeit;
- Regelunterbringung von unbegleiteten Minderjährigen in Jugendhilfeeinrichtungen und nicht in Lagern zusammen mit Erwachsenen;
- Verbot der Abschiebungshaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge;
- Flüchtlingskindern müssen die gleichen Bildungschancen eröffnet werden.

Nicht nur der deutsche, sondern auch der europäische Umgang mit schutzsuchenden Kindern verletzt permanent deren Rechte.

Flüchtlingskinder gehören zu den Hauptleidtragenden einer verfehlten europäischen Flüchtlingspolitik. Afghanische Minderjährige riskieren ihr Leben bei der gefährlichen Überfahrt von der Türkei nach Griechenland. Sie werden dort unter unmenschlichen Lebensbedingungen inhaftiert und irgendwann in die völlige Schutzlosigkeit entlassen.

Bilder von ausgehungerte Flüchtlingskindern im griechischen Patras oder von Kindern, die in der Kanalisation von Rom leben, schreckten die Öffentlichkeit auf, führen aber nicht zu einer dauerhaften Verbesserung der Verhältnisse. Im französischen Calais leben Minderjährige unter unglaublichen Umständen in selbstgebauten Behausungen.

Solche Zustände verdeutlichen, dass die Europäische Union sich zwar abstrakt zum "Wohl des Kindes" bekennt, aber hinnimmt, dass in der europäischen Praxis kein Schutzsystem für Flüchtlingskinder existiert.

gez. Heiko Kauffmann, Vorstandsmitglied
(Quelle: Pro Asyl-Pressemitteilung, 18.09.2009)

4. Bundesrat stimmt der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum AufenthG zu

Der Bundesrat hat am 18. September 2009 den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundesministeriums des Innern zum Aufenthaltsgesetz, zum Freizügigkeitsgesetz/EU und zum Ausländerzentralregistergesetz zugestimmt. Damit können diese nun trotz der anstehenden Bundestagswahl in Kraft treten.

Die Verwaltungsvorschriften haben die Funktionen, die Gesetzesbestimmungen auszulegen und zu konkretisieren und - soweit Ermessen vorhanden ist - , dieses zum Zweck einer einheitlichen Auslegung zu lenken. Die Frankfurter Rundschau weist am vergangenen Freitag in einem Artikel ("Rechte für Passlose") darauf hin, dass die Behandlung illegalisierter Flüchtlinge im Krankenhaus nun einfacher möglich ist: Auch die Sozialämter, die die Kosten für die Behandlung erstatten müssen, unterliegen wie die Krankenhäuser der Schweigepflicht.

Aber nicht alle Vorschriften sind positiv: PRO ASYL und andere Menschenrechtsorganisationen hatten den Entwurf kritisiert, weil er Vorgaben macht, die mit höherrangigem Recht - EU-Recht oder internationalen Konventionen - nicht konform gehen. Im Flüchtlingsrecht sehen die Verwaltungsvorschriften zum Beispiel vor, dass der Abschiebungsschutz eines Flüchtlings in einen Folterstaat durch Einholung einer so genannten "diplomatischen Zusicherung" eben dieses Staates ausgehebelt werden soll.

[Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz](#)

[Zustimmung und Entschließung des Bundesrates zu den Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz](#)

[Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Freizügigkeitsgesetz/EU](#)

[Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über das Ausländerzentralregister und zur Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister](#)

(Quellen: [Frankfurter Rundschau vom 18.09.09](#), [Pro Asyl](#))

5. EU-Innenminister beraten über ein neues Resettlementprogramm

Die EU-Innenminister haben beraten und wollen nun handeln: Bereits 2011 sollen weitere Flüchtlinge in der EU aufgenommen werden. Auch Deutschland erwägt die Teilnahme am Programm.

Die EU-Kommission will die EU-Länder mit finanziellen Anreizen für eine engagiertere Flüchtlingspolitik gewinnen. Ziel ist, dass die Länder künftig vermehrt Flüchtlinge aufnehmen, die anderswo keinen Schutz finden. Pro aufgenommenem Flüchtling sollen 4.000 Euro gezahlt werden. Dem Vorschlag der EU-Kommission zufolge sollen sich die EU-Staaten freiwillig für die Aufnahme der Flüchtlingen melden und sich dabei mit den anderen Ländern über eine Prioritätenliste von Flüchtlingsländern und -kontingent

absprechen.

Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR müsste die EU mit potenziell 750.000 Flüchtlingen weltweit rechnen. Die EU nahm im vergangenen Jahr rund 4.400 auf. Lediglich zehn der 27 EU-Mitgliedsstaaten sind bislang im Flüchtlingsbereich aktiv. Im vergangenen Jahr hatte Deutschland vorgeschlagen, 10.000 irakische Flüchtlinge aus Lagern in Jordanien und Syrien in der EU aufnehmen. Solche Initiativen sollen es auf Wunsch der EU-Kommission künftig regulär auf EU-Ebene geben. Doch zeigt das Irak-Beispiel auch die Kehrseite der Medaille: Je mehr Länder beteiligt sind, umso langsamer fallen Entscheidungen. So warten derzeit noch 5.000 der 10.000 Iraker auf eine Einreise in die EU.

Ob sich der Vorstoß der EU-Kommission - wie vorgenommen - noch in diesem Jahr gesetzlich umsetzen lässt, ist zweifelhaft. Zwar lobten zahlreiche EU-Innenminister am Montag bei einem Treffen in Brüssel den Vorschlag, mit dem die Behörde den Strom an illegalen Einreisen eindämmen will. Allerdings gibt es auch Vorbehalte. So forderte Österreich, die Teilnahme Ansiedlungsprogramm müsse freiwillig bleiben. In Deutschland soll das Thema erst nach der Bundestagswahl besprochen werden.

(Quellen: [Deutsche Welle](#), [AFP](#))

6. Filmtipp: "Ein Augenblick Freiheit"

Arash T. Riahi verknüpft in seinem Drehbuch, in das auch autobiographische Anteile einfließen, lose drei exemplarische Flüchtlingsgeschichten: Lale, Hassan und ihr kleiner Sohn Kian werden beim beschwerlichen Weg vom Iran in die Türkei von einem skrupellosen Schlepper hintergangen. Auch die beiden jungen Männer Ali und Merdad versuchen die gefährliche Flucht über die winterlichen Grenzberge nach Westen. Sie wollen Alis Nichte Azy und seinen Neffen Arman nach Wien bringen, wo die bereits vor Jahren entkommenen Eltern der Kinder Asyl erhielten. Am Knotenpunkt Ankara steigen beide Gruppen in einem heruntergekommenen Hotel ab, in dem auch die beiden ungleichen Freunde Manu und Abbas Unterschlupf suchen. Die neue Freiheit wird bald durch Bürokratie, Korruption und Fremdenfeindlichkeit gefährdet, auch der Arm des iranischen Geheimdienstes reicht bis in die Türkei und darüber hinaus.

Der Südkurier sprach bereits am 12. August von einem "großen Film" mit authentischen Geschichten. Und "Cinema" urteilte: "Eindringlicher lässt sich der Alltag von Flüchtlingen kaum beschreiben." Österreich wird den Film darüber hinaus als Kandidat für den Oscar (Kat. "bester fremdsprachiger Film" einreichen.

["Ein Augenblick Freiheit"](#) läuft in Baden-Württemberg zurzeit wohl nur in Mannheim, Cineplex, 21.30 Uhr. Einen [Bericht zum Film](#) (Mitschnitt eines Beitrags in der Sendung "Heimat fremde Heimat" des ORF) finden Sie auch bei Youtube.

7. Termine

Plenum des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

07.11.2009

[Veranstaltungen in der Interkulturellen Woche/zum Tag des Flüchtlings in Baden-Württemberg.](#)

Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg:Höchste Zeit, Veranstaltungen für den Herbst und Winter zu planen. Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Weitere Termine in Baden-Württemberg:

25.-27.09.2009, Freiburg: Solidaritätscamp gegen Abschiebungen mit Infos, Fest, Musik, Workshops.[Weitere](#)

[Informationen.](#)

29.11.-1.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Tagung Traumatherapie und gesellschaftliches Umfeld. [Weitere Informationen.](#)

Sonstige Termine, bundesweit:

08.-18.11. 2009: Ökumenische Friedensdekade: "Mauern überwinden". [Weitere Informationen.](#)

14.-16.10.2009: Flüchtling - Mensch - Bürger. Perspektiven im Umgang mit Flüchtlingen. Herbsttagung des Bundesfachverbandes Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge. Trier, Robert Schumann Haus. [Weitere Informationen.](#)

29.-30.10.2009: Fachtagung "Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung". Köln, Fachhochschule, in Zusammenarbeit mit dem Kölner Flüchtlingsrat. [Weitere Informationen.](#)

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen" und [Terre des Femmes-Fahnenaktion.](#)

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche.

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

20.11.2009: Tag der Kinderrechte; 20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

04.12.2009: Innenministerkonferenz in Bremen

10.12.2009: Tag der Menschenrechte